

Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von öffentlich- und privatrechtlichen Forderungen der Stadt Boizenburg/Elbe

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 08. Juni 2004 (GVOBl. M-V 2004, S. 205), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2006 (GVOBl. M-V S. 539), und des § 30 der Gemeindehaushaltsverordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 27. November 1991 (GVOBl. M-V S. 454), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.3. 2005 (GVOBl.M-V 2005, S.91) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung am 12. Juli 2007 und nach Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde die folgende Satzung erlassen:

§ 1

Die Entscheidung über Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse von öffentlichen und privatrechtlichen Forderungen der Stadt obliegt der Stadtvertretung, soweit diese Zuständigkeit nicht nachstehend auf andere Stellen übertragen ist.

§ 2

Stundung von Ansprüchen

1) Ansprüche der Stadt können auf Antrag ganz oder teilweise unter den Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gestundet werden, wenn besondere Gründe vorliegen, die eine Stundung (Hinausschieben des Fälligkeitstermins) rechtfertigen, insbesondere, wenn die Einziehung bei Fälligkeiten eine erhebliche Härte für den Zahlungspflichtigen bedeuten würde. Eine erhebliche Härte ist dann anzunehmen, wenn der Zahlungspflichtige sich aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet oder im Falle der sofortigen Einziehung in diese geraten würde.

Die Erfüllung der Verbindlichkeiten darf durch die Stundung nicht gefährdet werden. Gestundete Beträge sind in der Regel angemessen zu verzinsen.

2) Ansprüche können gestundet werden:

- | | | |
|-----------------------------------|------------------|----------------|
| a. vom Bürgermeister | bis zur Höhe von | 5.000,00 Euro |
| b. vom Hauptausschuss | bis zur Höhe von | 10.000,00 Euro |
| c. danach von der Stadtvertretung | | |

§ 3

Niederschlagung von Ansprüchen

1) Ansprüche der Stadt können niedergeschlagen werden, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird oder die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs stehen. Die Niederschlagung bedarf keines Antrages des Schuldners. Eine Mitteilung an den Schuldner erfolgt nicht. Durch die Niederschlagung erlischt der Anspruch nicht, die weitere Rechtsverfolgung wird daher nicht ausgeschlossen.

2) Ansprüche können im Einzelfall niedergeschlagen werden:

- a. vom Bürgermeister bis zur Höhe von 500,00 Euro
- b. vom Hauptausschuss bis zur Höhe von 5.000,00 Euro
- c. danach von der Stadtvertretung

§ 4

Erlass von Ansprüchen

1) Ansprüche der Stadt können ganz oder zum Teil erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des einzelnen Falles für den Schuldner eine besondere Härte bedeuten würde. Das gleiche gilt auch für die Rückzahlung oder Anrechnung von geleisteten Beträgen. Eine besondere Härte ist insbesondere anzunehmen, wenn sich der Schuldner in einer unverschuldeten wirtschaftlichen Notlage befindet oder zu befürchten ist, dass die Weiterverfolgung des Anspruchs zu einer Existenzgefährdung führen würde.

Durch Erlass ersicht der Anspruch.

2) Ansprüche können erlassen werden:

- a. vom Bürgermeister bis zur Höhe von 300,00 Euro
- b. vom Hauptausschuss bis zur Höhe von 2.500,00 Euro
- c. danach von der Stadtvertretung

§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Boizenburg/Elbe, den 16.07.2007

gez. Staalkopff
1.stellv. Bürgermeisterin